

## **Universaler Anspruch und nationale Identitäten: Die Haltung des Vatikans zu Nationalitätenkonflikten in der Zwischenkriegszeit (1918–1939)**

Exzellenzcluster 212 „Religion und Politik in den Kulturen der Vormoderne und der Moderne“ an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (gefördert seit 2007)

Teilprojekt C10 „Universaler Anspruch und nationale Identitäten: Die Haltung des Vatikans zu Nationalitätenkonflikten in der Zwischenkriegszeit (1918–1939)“

Projektleitung: Dr. Thies Schulze

Der europäische Nationalismus<sup>1</sup> war zu Beginn des 20. Jahrhunderts einer der wichtigsten politischen Integrationsfaktoren. Der Aufstieg der Nationalbewegungen, die oftmals etwas vereinfachend als „politische Religionen“ bezeichnet werden,<sup>2</sup> und ihre gewaltige sinn- und identitätsstiftende Wirkung brachten die römisch-katholische Kirche in eine schwierige Situation. Das Konfliktpotential, das der nationalstaatlichen Ordnung in Europa innewohnte, konnte sie nicht unberührt lassen. Einerseits musste sie ihre Glaubwürdigkeit als supranationale Institution bewahren, andererseits konnte sie aber auch die Bedürfnisse „national gesinnter“ Gläubiger nicht einfach übersehen.

Das hier vorgestellte Forschungsprojekt, das dem Bereich „Integrative Verfahren“ des Münsteraner Exzellenzclusters „Religion und Politik“ zugeordnet ist, wird die Überlagerungen „nationaler“ und „katholischer“ Identitätsmuster zwischen den beiden Weltkriegen untersuchen. Dabei wird es insbesondere der Frage nachgehen, wie sich die katholische Kirche verhielt, wenn verschiedene Nationalitäten miteinander in Konflikt gerieten. Zu diesem Zweck sollen drei katholisch geprägte Grenzregionen in den Blick genommen werden, die als Krisenherde galten, weil sie von verschiedenen Nationalbewegungen beansprucht wurden: Elsass-Lothringen, Südtirol und Oberschlesien standen nicht nur im Fokus der an den Konflikten beteiligten Staaten, sondern im Rampenlicht der gesamten öffentlichen Meinung Europas.

Wie ging die katholische Kirche mit der Herausforderung um? Und wie reagierten die Katholiken in den Grenzregionen auf das Nebeneinander von nationaler und religiöser Identität? Die Beantwortung beider Fragen führt zu einem grundsätzlicheren Problem, das der katholische Theologe Thomas Bremer jüngst benannt hat: „Verhält es sich denn nicht so, dass religiösen Überzeugungen grundsätzlich ein konfliktverschärfendes oder gar konfliktgenerierendes Potential innelegt?“<sup>3</sup> Auf zwei Ebenen wird das Forschungsvorhaben diesen Fragen nachgehen: Im Rahmen einer diplomatiegeschichtlichen Untersuchung soll die Außenpolitik des Vatikans in Hinsicht auf die drei Regionen analysiert werden. Zudem wird auf regionaler<sup>4</sup> Ebene erforscht, auf welche Weise Bischöfe, Diözesanklerus und katholische Lokalpresse in die Konflikte involviert waren.

### *Konfliktlinderung oder -verschärfung? Ein Beispiel*

Erste Ergebnisse des Forschungsprojektes zeigen, dass sich im Rahmen des Nationalitätenkonfliktes in Elsass-Lothringen sowohl Beispiele für eine konfliktverschärfende als auch für eine integrative Wirkung der katholischen Religion finden.

Nach dem Ersten Weltkrieg hatte der französische Staat Elsass-Lothringen für eine Übergangszeit regionale Sonderrechte eingeräumt: Unter anderem hatte er den konfessionellen Charakter der elsässischen Grundschulen akzeptiert und sich zudem mit dem Heiligen Stuhl auf den Fortbestand des Konkordates von 1801 verständigt, das im restlichen Frankreich 1905 abgeschafft worden war. Als die neu gewählte Regierung des „Cartel des gauches“ unter dem Ministerpräsidenten Edouard

Herriot im Zuge ihrer laizistischen Politik 1924 den Plan fasste, die regionalen Privilegien der drei Elsass-Lothringischen Départements abzubauen, traf dies auf den erbitterten Widerstand des Straßburger Bischofs Charles Ruch. Herriot beabsichtigte unter anderem, in einigen größeren Städten die Konfessionsschulen durch interkonfessionelle Simultanschulen zu ersetzen, was nicht nur katholische, sondern auch protestantische und jüdische Gemeinden zu lautstarken Protesten veranlasste. Ruch gelang es, sich an die Spitze einer katholischen Protestbewegung zu stellen, die Unterschriftensammlungen und öffentliche Kundgebungen organisierte und einen beachtlichen Zulauf verzeichnen konnte. Mit Billigung des Bischofs wurde sogar ein Schulstreik ausgerufen: Ein Großteil der Eltern behielt am 15. März 1925 ihre Kinder zu Hause, um gegen die interkonfessionelle Schule zu protestieren. Die Linksregierung konnte dem Druck der Protestbewegung nur mit Mühe standhalten: Zwar blieben die bereits gegründeten Simultanschulen bestehen, doch Pläne für eine weitergehende Umstellung des Schulsystems blieben in den Schubladen der Politiker.

Der Erfolg des Bischofs lag zu einem großen Teil daran, dass die Protestbewegung nicht nur Katholiken erreichte, die sich wie der vormalige Militärseelsorger Ruch offen zur französischen Nation bekannten, sondern auch deutschsprachige Autonomisten und den niederen Klerus, dessen überwiegende Mehrheit im Umfeld der Zentrumspartei sozialisiert worden war und jegliche zentralistische Bestrebung der Pariser Regierung ablehnte. Die Furcht, dass die in Frankreich gültige laizistische Gesetzgebung auch in Elsass-Lothringen eingeführt werden könne, einte die Katholiken verschiedener Nationalität. Selbst Bemühungen des Heiligen Stuhls, im Interesse einer besseren Verständigung mit der französischen Regierung mäßigend auf die Protestbewegung einzuwirken, waren nur in begrenztem Maße erfolgreich.<sup>5</sup>

Dagegen zeigte sich nur wenig später, dass die Gegensätze zwischen den „nationalen“ Gruppierungen der Diözese Straßburg durch die gemeinsame Konfession nicht zu überbrücken waren: Politiker und Journalisten aus verschiedenen politischen Lagern hatten sich mit dem „Heimatbundmanifest“ 1926 für eine stärkere Autonomie der elsass-lothringischen Départements ausgesprochen. Diese Forderung wurde von der Pariser Regierung zurückgewiesen und als „unpatriotisch“ bekämpft. Sie spaltete die katholische Partei „Union Populaire Républicaine“ (UPR), die in Elsass-Lothringen die Nachfolge der Zentrumspartei angetreten hatte, in zwei Lager: Der größere Teil trat – auch mit Blick auf den religiösen Sonderstatus der Region – für eine stärkere Unabhängigkeit von der französischen Regierung ein, während sich ein kleinerer Teil für eine bessere Integration der Départements in den französischen Staat aussprach. Nachdem der „nationale“ Flügel die Partei im November 1928 mit einigem Getöse verlassen und mit der „Action Populaire Nationale d’Alsace“ (APNA) eine zweite katholisch-regionale Partei gegründet hatte, waren beide politischen Gruppierungen auf Bündnispartner angewiesen. Im Zusammenhang mehrerer regionaler Wahlen zeigte sich, dass die UPR in einigen Fällen mit der kommunistischen Partei paktierte, die ebenfalls für regionale Autonomie eintrat, während die APNA in der zentralistisch orientierten sozialistischen Partei Unterstützung fand.

Anders als in den Jahren 1924/25 gelang es dem Straßburger Bischof Ruch in dieser Situation nicht, das katholische Lager auf einen Kurs einzuschwören. Viele Funktionäre der UPR und ein großer Anteil des niederen Klerus verdächtigten ihn sogar der Parteinahme für die pro-französische APNA. Die Haltung des Heiligen Stuhls wechselte im Laufe des Konfliktes: Während er zunächst dem Straßburger Bischof den Rücken stärkte, wandte er sich – wohl auch unter dem Einfluss diplomatischer Interventionen der deutschen Vatikangesandtschaft – Ende 1929 gegen ihn und lehnte es ab, im Streit der Parteien eindeutig Position zu beziehen. Die katholische Kirche vermochte es in diesem Fall nicht,

schlichtend in den Konflikt einzugreifen – im Gegenteil: Beide katholische Regionalparteien nahmen fortan für sich in Anspruch, allein die Anliegen der katholischen Kirche zu vertreten.<sup>6</sup>

Das Beispiel zeigt, dass die Frage, ob die katholische Religion bei nationalen Streitigkeiten konfliktlindernde oder konfliktverschärfende Wirkung hatte, nicht in einfacher Weise zu beantworten ist. Offenbar bedurfte es in den Jahren 1924/25 des äußeren Drucks einer sozialistischen Regierung, um den Nationalitätenkonflikt im Namen des Katholizismus für kurze Zeit zu überwinden. Die bisher ausgewerteten Quellenbestände zeigen allerdings deutlich, dass die katholische Kirche im Regelfall in den Dienst der Nationalismen gestellt wurde. Wie genau sich nationale und religiöse Identifikationsmuster in den drei zu untersuchenden Regionen zueinander verhalten haben, und welche Handlungsmaximen der Vatikan im Umgang mit Nationalitätenkonflikten verfolgte, soll anhand einer Vielzahl weiterer Fälle untersucht werden.

### *Die Lage „vor Ort“: Nationale und religiöse Identitätsmuster in den Regionen Elsass-Lothringen, Südtirol und Oberschlesien*

Auf welche Weise nationale, regionale und religiöse Identifikationsmuster in der Zwischenkriegszeit zusammenwirkten, ist bislang noch nicht Gegenstand geschichtswissenschaftlicher Untersuchungen gewesen. Unter anderem haben die Studien von Celia Applegate, Alon Confino und Caroline Ford gezeigt, dass zumindest nationale und regionale Identitäten nicht notwendigerweise in einem Gegensatz zueinander stehen müssen.<sup>7</sup> Eine Tagung, die im März 2006 in Manchester stattgefunden hat, hat der Debatte um die Überlagerungen unterschiedlicher kollektiver Identitäten einen neuen Impuls gegeben; mehrere Beiträge haben verdeutlicht, dass die Beziehungen von Nation und Region nur auf der Grundlage einer differenzierten Betrachtung zu beantworten ist.<sup>8</sup> Für das hier skizzierte Forschungsvorhaben bedeutet dies, dass unterschiedliche Grundkonstellationen der Regionen zu den beteiligten Nationalstaaten ebenso berücksichtigt werden müssen wie verschiedene Vorstellungen von „regionaler“ Identität.

In Elsass-Lothringen etwa bildete sich ein Bewusstsein regionaler Zugehörigkeit erst nach dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 aus. Der Regionalismus bot hier großen Teilen der Bevölkerung die Möglichkeit, sich gegen zentralistische Bestrebungen des Nationalstaats zur Wehr zu setzen. Dagegen gehörte die Zugehörigkeit zum deutschen Kulturraum zum Selbstverständnis der Südtiroler Regionalisten, die sich damit von vornherein vom italienischen Nationalstaat abgrenzten. In Oberschlesien schließlich wurde der Regionalismus von deutschen und polnischen Nationalisten gleichermaßen getragen. Folglich wirkte die katholische Religion in den verschiedenen Regionen auf unterschiedliche Weise identitätsstiftend: In Elsass-Lothringen etwa konnte die „katholische“ Identität sowohl zur Abgrenzung zum als „protestantisch“ wahrgenommenen Deutschen Reich als auch zum „laizistischen“ Frankreich dienen, während die deutschsprachigen Bewohner Südtirols sie nicht ins Feld führen konnten, um eine Unterscheidung zum italienischen Staat zu begründen. Polnische Nationalisten in Oberschlesien versuchten in einigen Fällen, die katholische Religion als Merkmal der eigenen nationalen Identität zu interpretieren und deutschsprachige Katholiken als „verkappte Protestanten“ darzustellen, während deutsche Oberschlesier aus eigenem Interesse vor der nationalen Inanspruchnahme der Religion warnten.<sup>9</sup>

### *Grundlagen des Vergleichs*

Obwohl sich die Auswirkungen der Nationalismen auch in Diözesen zeigen konnten, die wie Würzburg oder Hildesheim nicht an der Peripherie eines Nationalstaates lagen, stellte sich die Frage der

Nationalitätenkonflikte in Grenzregionen in ungleich brisanter Weise. In ihnen waren oft der örtliche Klerus und die katholische Presse direkt an solchen Auseinandersetzungen beteiligt. Die Frage, wie sich die katholische Kirche zu den Auseinandersetzungen stellte, war hier tagtäglich von praktischer Bedeutung für die katholische Bevölkerung.<sup>10</sup>

Für einen Vergleich ist die Untersuchung der drei Regionen besonders reizvoll, weil die Staaten, in denen sie lagen, zur katholischen Kirche unterschiedliche Beziehungen unterhielten. Die französische Regierung versuchte mehrmals, in Elsass-Lothringen die laizistischen Gesetzesnormen einzuführen, die im restlichen Frankreich galten. Im Unterschied zum Deutschen Reich hatte in Frankreich der Kulturkampf die Trennung von Kirche und Staat als politisches Grundprinzip etabliert. Mit dem Trennungsgesetz von 1905,<sup>11</sup> das das noch unter Napoleonischer Herrschaft geschlossene Konkordat aufgekündigt hatte, betrachtete der französische Staat die katholische Kirche als eine unter vielen Glaubensgemeinschaften und schaffte finanzielle wie auch kulturelle Privilegien ab. Anders in Polen, zu dem seit 1922 Ost-Oberschlesien gehörte: Hier war die privilegierte Stellung der katholischen Kirche sogar in der Verfassung verankert.<sup>12</sup> Nahm die Vatikanische Diplomatie auf derartige Unterschiede Rücksicht? Verhielt sie sich also im Fall des Konfliktes um Elsass-Lothringen „frankreichfeindlich“ oder wurde sie „polenfreundlich“, wenn es um die Oberschlesien-Frage ging? Und wie wirkte sich die unterschiedliche rechtliche Stellung der Kirche im jeweiligen Staat auf die regionalen Konflikte aus – konnte die Feindschaft zum laizistischen Frankreich bewirken, dass die Katholiken verschiedener Nationalität stärker zusammenrückten, als dies in Oberschlesien der Fall war?

Südtirol nimmt für solche Vergleiche eine Sonderstellung ein. Die besondere Beziehung der katholischen Kirche zum italienischen Staat dürfte – so zumindest eine Hypothese – einen maßgeblichen Einfluss auf ihren Umgang mit Nationalitätenkonflikten gehabt haben. Die erbitterte Feindschaft zwischen Kirche und Staat, die sich noch im liberalen Italien der frühen 20er Jahre gezeigt hatte, wich unter dem Mussolini-Regime einer Haltung gegenseitiger Tolerierung, die in den Lateranverträgen 1929 ihren Ausdruck fand. Die Annäherung zwischen dem faschistischen Staat und dem Vatikan hatte beträchtliche Auswirkungen auf Südtirol, da der Heilige Stuhl das diplomatische Verhältnis zum italienischen Staat stets im Blick hatte und damit der eigene Handlungsspielraum im Südtirol-Konflikt begrenzt war. Kreise des Auswärtigen Amtes in Berlin mutmaßten wahrscheinlich nicht zu Unrecht, dass einige kirchliche Positionen zu Belangen nationaler Minderheiten mit Rücksicht auf die Lage in Südtirol formuliert wurden.<sup>13</sup> Inwiefern dies tatsächlich der Fall war, bleibt allerdings zunächst fraglich und kann erst im Laufe der Projektarbeit beantwortet werden.

Als weiteres Ziel des Vergleiches soll ermittelt werden, ob sich die Frage, wie die Regierungsformen bzw. politischen Systeme in den an den Konflikten beteiligten Staaten beschaffen waren, im Verhalten der katholischen Kirche niederschlug. Machte es also einen Unterschied, ob der Heilige Stuhl und die Bischöfe es mit einer demokratisch gewählten, einer faschistischen, einer nationalsozialistischen oder einer anderen Regierungsform zu tun hatten, oder verfolgten die kirchlichen Amtsträger ihre Ziele in rein pragmatischer Weise?

Zahlreiche Aspekte, die für die Politik der katholischen Kirche in allen drei Regionen von Belang waren, fließen in den Vergleich ein. Die rechtliche Situation, die sich durch den Abschluss von Konkordaten (Polen 1925; Preußen und Italien 1929; Deutsches Reich 1933) mitunter stark veränderte, wird ebenso wichtig für den Vergleich sein wie einzelne, teilweise mit ihnen zusammenhängende Themen: In vielen Fällen hatten die Staaten Mitspracherechte bei der Ernennung von Bischöfen und damit die Möglichkeit, in die päpstliche Personalpolitik einzugreifen. Auch die Frage, ob Bistumsgrenzen an die

nach den Pariser Vorortverträgen vielfach veränderten Landesgrenzen angepasst wurden, zog oftmals politische Diskussionen nach sich.

Eine hohe Bedeutung hatte in allen drei Regionen die Kontroverse um die Gestaltung des Bildungssystems; dabei ging es nicht nur um die Priesterausbildung, sondern nicht selten auch um die Sprache, in der der Religionsunterricht an den Grundschulen abgehalten werden sollte. Auch die katholische Lokalpresse bot des Öfteren Anlass für Streitigkeiten zwischen staatlichen und kirchlichen Institutionen, wobei in einigen Fällen auch Kontroversen zwischen deutschsprachigen regionalen und landessprachlichen überregionalen katholischen Zeitungen entstanden. Die Frage, ob die katholische Kirche Nationalfeste und -denkmäler unterstützte, und in welcher Weise als „national“ geltende Heilige wie Petrus Canisius, Stanislaus von Krakau oder Jeanne d'Arc verehrt wurden, konnte ebenso zur Missstimmung zwischen Kirche und den Staaten führen. Schließlich gerieten in vereinzelt Fällen auch Klöster in das Visier von Staatsregierungen, wenn in ihnen nicht die Landessprache gesprochen wurde oder sie von Mutterhäusern abhängig waren, die außerhalb des jeweiligen Staatsgebietes lagen. Es geht weniger darum, alle diese Schauplätze des Konfliktes rasterartig miteinander zu vergleichen, zumal sich die Konflikte von Region zu Region in unterschiedlicher Weise bemerkbar machten. Vielmehr sollen Handlungsstrukturen und Motive herausgearbeitet werden, die hinter den einzelnen Konflikten standen und die sich auf unterschiedliche Weise und in unterschiedlicher Form zeigen konnten.

### *Verbindungen unter den Regionen*

Der Vergleich der drei Regionen bildet den Schwerpunkt des Projektes. Dennoch sollen auch dort, wo es möglich ist, Verbindungen zwischen ihnen aufgespürt und untersucht werden. Obwohl es sich um geographische Räume handelt, die über die europäische Landkarte verstreut liegen, nahmen die in ihnen lebenden deutschsprachigen Katholiken das Ergehen ihrer „Schicksalsgenossen“ mit besonderem Interesse wahr. Es ist davon auszugehen, dass das oberschlesische Plebiszit, in dessen Rahmen sich die Einwohner 1921 in Folge des Versailler Vertrages zwischen Polen und dem Deutschen Reich entscheiden mussten, auch in den anderen Grenzregionen mit besonderer Aufmerksamkeit wahrgenommen wurde. Tendenzen, in den fernen Konflikten das „Eigene“ sehen zu wollen, konnten auch von anderen, in diesem Projekt nicht untersuchten Regionen ausgehen; als etwa 1935, noch in Folge des Versailler Friedensvertrags, die Volksabstimmung im Saargebiet stattfand und mehr als 90 Prozent der Bevölkerung sich für eine Angliederung an das Deutsche Reich aussprachen, war die Resonanz im Elsass und in Südtirol groß – nicht zuletzt, weil es sich um eine zutiefst katholisch geprägte Region handelte.<sup>14</sup>

Vereinzelt sind auch Bemühungen der in den drei Regionen lebenden Deutschen feststellbar, miteinander in Kontakt zu kommen. Als einige Funktionäre eine Pilgerfahrt deutscher Bewohner Ostoberschlesiens im „Heiligen Jahr“ 1925 nach Rom organisierten, sahen ihre Pläne zunächst vor, die Anreise mit der Eisenbahn in Bozen zu unterbrechen, angeblich, um ein Frühstück einzunehmen. Dass der Apostolische Administrator Ostoberschlesiens, August Hlond, seinen Einfluss geltend machte, um die Frühstückspause der Pilgergruppe nach Trient zu verlegen,<sup>15</sup> zeigt, für wie heikel polnische Kirchenobere eine Kontaktaufnahme zwischen „deutsch-irredentistischen“ Gruppen erachtete. Obwohl es die problematische Quellenlage erschwert, solche Verbindungen systematisch aufzuspüren, ist die Schilderung prägnanter Einzelfälle wichtig, um einen Eindruck von der gegenseitigen Beeinflussung der Regionen zu erhalten.

### *Die Rolle der Diplomatie*

Das diplomatische Selbstverständnis des Papsttums veränderte sich im Laufe des Ersten Weltkriegs erheblich. Da sich der Heilige Stuhl als moralische Instanz begriff, die die Rolle eines internationalen Vermittlers einnehmen konnte, brachten ihn die Nationalitätenkonflikte der Nachkriegszeit in ein erhebliches Dilemma.<sup>16</sup> Denn außenpolitische Interessen anderer europäischer Staaten waren fast immer berührt, wenn sich der Vatikan zu den politischen Prozessen in den Grenzregionen äußerte. Die damit verbundenen außenpolitischen Vorgänge sind nicht nur für das Verhältnis von katholischen und „nationalen“ Identitätskonstruktionen von Belang, sondern erlauben auch Aufschluss über die Haltung des Vatikans zu den europäischen Nationalismen. Einerseits betrachtete sich der Heilige Stuhl als supranationale Instanz, ein Selbstverständnis, das er nicht zuletzt im Laufe der päpstlichen Friedensinitiative im Ersten Weltkrieg gefestigt hatte.<sup>17</sup> Andererseits war der Vatikan als politischer Akteur dazu gezwungen, Entscheidungen zu treffen, die das Bild der „Unparteilichkeit“ (*imparzialità*) notwendigerweise in Frage stellen mussten. Dieses grundsätzliche Dilemma der päpstlichen Politik konnte zwar nicht gelöst, wohl aber von den verschiedenen Akteuren im Dienst der Kurie unterschiedlich angegangen werden. Es ist deshalb besonders wichtig, bei der Untersuchung der päpstlichen Außenpolitik die Strategien und Grundüberzeugungen der Entscheidungsträger unter den Pontifikaten Benedikts XV. und Pius XI. zu berücksichtigen.

Es hat den Anschein, dass besonders die Situation, in der sich die katholische Kirche im Zuge der oberschlesischen Volksabstimmung 1921 befand, erheblich dazu beigetragen hat, dem Heiligen Stuhl seine schwierige Lage eindrücklich vor Augen zu führen. Zahlreiche katholische Geistliche, unter ihnen auch der spätere Papst Pius XI., gerieten im Vorfeld des Plebiszits in den Verdacht, parteiisch zu sein.<sup>18</sup> Inwiefern die päpstliche Diplomatie daraus Lehren zog, bleibt im Rahmen der Projektarbeit zu untersuchen. Sicher ist, dass sich feste Wege herausbildeten, auf denen die diplomatischen Vertreter mit dem Heiligen Stuhl Kontakt aufnahmen: Die Vatikan-Botschaften der verschiedenen Staaten wandten sich oftmals an bestimmte Ansprechpartner innerhalb der Kongregationen, um ihre Anliegen vorzutragen. Die „Nationalisierung“ des Vatikans wurde auf diese Weise für die Diplomatie genutzt.

Eine wichtige Rolle spielt im diplomatiegeschichtlichen Teil des Projektes die Frage, wie sich die europäischen Staaten verhielten, wenn sich der Heilige Stuhl in einer nationale Minderheiten betreffenden Angelegenheit positionierte. Besonders die Perspektive – und vor allem der politische Einfluss – des deutschen Auswärtigen Amtes sind für die Beurteilung dieser Frage wichtig, da sich die deutsche Außenpolitik intensiv mit der Situation der deutschsprachigen Minderheiten in anderen Staaten befasste und diese mitunter sogar auf geheimem Weg finanziell unterstützte.<sup>19</sup> Die deutsche Vatikanbotschaft unternahm deshalb oftmals den Versuch, die Entscheidungen der Römischen Kurie auf diplomatischem Wege in eine ihr genehme Richtung zu lenken. Auch die anderen an den Nationalitätenkonflikten beteiligten Staaten versuchten, ihre Ziele über den diplomatischen Weg mit Billigung der katholischen Kirche durchzusetzen. Es ist deshalb wichtig, die vatikanische Minderheitenpolitik nicht isoliert zu untersuchen, sondern vielmehr den diplomatischen Druck zu berücksichtigen, unter dem der Vatikan stand. Das oben kurz geschilderte Beispiel zeigt, dass diplomatische Interventionen der Staaten sich erheblich auf die Politik auswirken konnten, die der Vatikan verfolgte.

## Quellen

Umfangreiche Quellenbestände werden für die Untersuchung herangezogen. Dabei sind sowohl staatliche bzw. regionale als auch kirchliche Archivalien auszuwerten, um die in den Dokumenten enthaltenen Perspektiven gegeneinander auszubalancieren. Für die „staatliche“ Seite eröffnen die Bestände des Bundesarchivs sowie des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes wichtige Einblicke in den Gegenstand der Untersuchung und zeigen, wie die Vorgänge im päpstlichen Staatssekretariat „von außen“ wahrgenommen wurden. Mit Hilfe weiterer Recherchen in den zentralen Staatsarchiven Frankreichs, Österreichs, Italiens und Polens wird zudem einschätzbar sein, wie hoch der diplomatische Einfluss dieser Staaten auf die Politik der römisch-katholischen Kirche zu veranschlagen ist.

Das Vatikanische Geheimarchiv hat als wichtigstes kirchliches Archiv den größten Teil der auszuwertenden Bestände aus der Zwischenkriegszeit erst im September 2006 für die Forschung zugänglich gemacht.<sup>20</sup> Unter den nunmehr zugänglichen Quellen sind für die Rekonstruktion der Päpstlichen Außenbeziehungen in erster Linie die Bestände des Päpstlichen Staatssekretariats bzw. der ihm angegliederten Kongregation „Affari Ecclesiastici Straordinari“ von Belang. Die Nuntiaturarchive der einzelnen Länder enthalten unter anderem Briefwechsel der Nuntien mit den einzelnen Bistümern, die helfen, die Situation „vor Ort“ einzuschätzen. Ergänzend zu den Beständen des Vatikanischen Geheimarchivs sollen Recherchen in ausgewählten Diözesanarchiven ermöglichen, die Lage der katholischen Kirche auf regionaler bzw. lokaler Ebene zu rekonstruieren und politische Aktivitäten im Umfeld der Kirche zu untersuchen.

Zahlreiche gedruckte Quellen werden herangezogen, um den hier skizzierten Fragestellungen nachzugehen. Presseerzeugnisse sind dabei besonders wichtig. Die katholische Presse war zwischen den beiden Weltkriegen gerade auf regionaler Ebene besonders einflussreich. In Elsass-Lothringen, Oberschlesien und Südtirol gab es mehrere katholische Regionalzeitungen, deren Artikel punktuell als Quellen zu einzelnen Ereignissen auszuwerten sind. Dabei ist – besonders für den Bereich Südtirol – zu berücksichtigen, dass politische Belange wegen der Pressezensur oft nur angedeutet werden konnten. Gerade mit Blick auf die gegenseitige Wahrnehmung der nationalen Minderheiten lässt die punktuelle Auswertung der katholischen Lokalpresse aufschlussreiche Ergebnisse erwarten.

*Thies Schulze*

## Anmerkungen

- 1 Zum Themenbereich Nation und Nationalstaat ist eine schier unübersehbare Flut an Publikationen erschienen. Bibliographien finden sich u.a. in: Dieter Langewiesche: Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa, München 2000, S. 231–240, und in: Anthony D. Smith, Ethno-Symbolism and Nationalism. A Cultural Approach, New York 2009, S. 159–178.
- 2 Die von Eric Voegelin propagierte Idee einer Wesensverwandtschaft von Religion und Totalitarismen wurde später von Teilen der Nationalismusforschung aufgenommen. Vgl. u.a. Eric Voegelin: Die politischen Religionen, hrsg. v. Peter J. Opitz, München 2007, 1. Aufl. 1938. Vgl. dazu George L. Mosse: Die Nationalisierung der Massen. Politische Symbolik und Massenbewegungen in Deutschland von den Napoleonischen Kriegen bis zum Dritten Reich, Frankfurt a. M. / Berlin, Wien 1976, S. 16. Benedict Anderson: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, übers. v. Christoph Münz u. Benedikt Burkard, Frankfurt a. M. 1996, 1. Aufl. 1988, S. 15 u. 21–27. Kritischer zur Anwendung der Begrifflichkeit: Peter Walkenhorst: Nationalismus als „politische Religion“? Zur religiösen Dimension nationalistischer Ideologie im Kaiserreich, in: Olaf Blaschke/Frank-Michael Kuhlemann (Hrsg.): Religion im Kaiserreich. Milieus – Mentalitäten – Krisen (Religiöse Kulturen der Moderne, Bd. 2), Gütersloh 1996, S. 503–529.

- 3 Thomas Bremer: Konfessionelle Konflikte aus theologischer Sicht, in: Martin Schulze Wessel (Hrsg.), Nationalisierung der Religion und Sakralisierung der Nation im östlichen Europa (Forschungen zur Geschichte und Kultur des östlichen Mitteleuropa 27), Stuttgart 2006, S. 15–28, hier S. 19.
- 4 Von „Regionen“ wird an dieser Stelle nur aus pragmatischen Gründen gesprochen; da der Begriff immer eine spezifische Beziehung zum Nationalstaat voraussetzt, wäre eine neutralere Bezeichnung (z. B. „geographischer Raum“) eigentlich angemessener.
- 5 Die Zusammenhänge, die bislang noch nicht systematisch untersucht worden sind, sind Gegenstand eines Aufsatzes über Ruch, der demnächst erscheint, und in dem auch das folgende Beispiel ausführlich dargestellt wird. Anhaltspunkte finden sich in: Christian Baechler: *Le parti catholique alsacien 1890–1939. Du Reichsland à la République Jacobine*, Paris 1982, S. 333–347, und in: François G. Dreyfus: *La vie politique en Alsace 1919–1936 (Cahiers de la fondation nationale des sciences politiques 173)*, Paris 1969, S. 81–90. Ausgewertet wurden Bestände aus dem Vatikanischen Geheimarchiv (ASV, A.E.S. Francia, 4. Per., Pos. 565, fasc. 46–47; *Ibid.*, Pos. 593, fasc. 121 u. 122; *Ibid.*, Pos. 641, fasc. 192–199).
- 6 Vgl. Baechler, *Le parti catholique alsacien 1890–1939* (wie Anm. 5), S. 382–428. Siehe auch Anm. 5.
- 7 Alon Confino: *The Nation as a Local Metaphor. Württemberg, Imperial Germany, and National Memory, 1871 – 1918*, Chapel Hill u.a. 1997; Celia Applegate: *A Nation of Provincials. The German Idea of Heimat*, Berkeley u.a. 1990; Caroline Ford: *Creating the Nation in Provincial France. Religion and Political Identity in Brittany*, Princeton 1993. Weitere Anregungen zum Verhältnis zwischen regionalen und nationalen Identifikationsmustern in: Eugen Weber: *Peasants into Frenchmen. The modernization of rural France, 1870–1914*, Stanford / California 1976.
- 8 Die Tagung „Municipalism, Regionalism, Nationalism: Hybrid Identity Formations and the Making of Modern Europe“ fand vom 10. bis zum 12. März 2006 am Centre for Research on the Cultural Forms of Modern European Politics in Manchester statt. Aus der Tagung gingen einige Forschungsbeiträge hervor, die in einem Sonderheft der *European Review of History*, Bd. 15, Nr. 3 (Juni 2008), veröffentlicht wurden.
- 9 Zu der Bedeutung der „regionalen“ Identitäten im nationalen Spannungsfeld: Christopher Fischer: *Alsace to the Alsatiens? Visions and Divisions of Alsatian Regionalism, 1890–1930*, in: *Bulletin of the German Historical Institute Washington*, D. C. 36 (2005) 55–62; Rudolf Lill: *Südtirol in der Zeit des Nationalsozialismus, Konsultanz 2002*, S. 11–47; Philipp Ther: *Schlesisch, deutsch oder Polnisch? Identitätenwandel in Oberschlesien 1921–1956*, in: Kai Struve (Hrsg.): *Die Grenzen der Nationen. Identitätenwandel in Oberschlesien in der Neuzeit (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 15)*, Marburg 2002, S. 169–201.
- 10 Die Frage, wie sich die katholische Kirche zu Nationalitätenkonflikten verhielt, ist bisher weitgehend unerforscht. Eine demnächst erscheinende Studie von Andreas Gottsmann wird die Haltung der katholischen Kirche zur Sprach- und Nationalitätenproblematik in der Habsburgermonarchie untersuchen. Vgl. Andreas Gottsmann: *Konkordat oder Kulturprotektorat? Die Donaumonarchie und die diplomatischen Aktivitäten des Hl. Stuhls in Südosteuropa 1878–1914*, in: *Römische Historische Mitteilungen*, Bd. 48 (2006), S. 409–464. Ders., *Papst Leo XIII. und die ‚jugoslawische‘ Versuchung. Montenegro, San Girolamo und die südslawische Frage in der Diplomatie des Hl. Stuhls*, in: *Römische Historische Mitteilungen*, Bd. 49 (2007), S. 457–510. Zum katholischen Nationalismus im Deutschen Reich zur Zeit der Weimarer Republik vgl. Reinhard Richter: *Nationales Denken im Katholizismus der Weimarer Republik*, Münster 2000.
- 11 Zum Trennungsgesetz von 1905 siehe u.a. David Saunders: *France on the knife-edge of religion: commemorating the centenary of the law of 9 December 1905 on the separation of church and state*, in: Geoffrey Brahm Levey / Tariq Modood (Hrsg.): *Secularism, Religion and Multicultural Citizenship*, Cambridge 2009, S. 56–81.
- 12 Die Präambel beginnt mit den Worten „Im Namen Gottes des Allmächtigen!“; die Verfassung enthält in Art. 114 die zweideutige Formulierung: „Das römisch-katholische Bekenntnis als die Religion der überwiegenden Mehrheit des Volkes nimmt im Staat die Hauptstellung unter den gleichberechtigten Bekenntnissen ein.“ 2. Verfassung der polnischen Republik vom 17. März 1921, in: Dietmar Willoweit/Ulrike Seif (Hrsg.): *Europäische Verfassungsgeschichte*, München 2003, S. 663–680, hier S. 663 u. 677.
- 13 Der deutsche Botschafter am Heiligen Stuhl, Diego von Bergen, schrieb 1926 nach einem Gespräch mit Kardinalstaatssekretär Pietro Gasparri in einem Bericht an das Auswärtige Amt, das Päpstliche Staatssekretariat nehme sich der Problematik nationaler Minderheiten wegen der Konflikte in Südtirol nur „mit Unbehagen“ an. Bergen an Zech (30.11.1926), PA/AA, R 72377: Akten betreffend Stellung des Papstes zur Minderheitenfrage, Bd. 1: 25.9.1925–8.3.1936.

- 14 Gerhard Paul, „Deutsche Mutter – heim zu Dir!“: Warum es misslang, Hitler an der Saar zu schlagen. Der Saarkampf 1933–1935, mit einem Vorwort von Eike Hennig, Köln 1984. Lill, Südtirol in der Zeit des Nationalsozialismus (wie Anm. 9), S. 153. Baechler, *Le parti catholique alsacien 1890–1939* (wie Anm. 5), S. 486f.
- 15 Besprechung bei Herrn Administrator Dr. Hlond (19.6.1925), PA/AA, R 82938: Akten betreffend Religions- und Kirchenwesen, Oberschlesien, Bd. 2: 15. März 1925–14. November 1925; Bericht Szczeponiks (23.8.1925), S. 1–16, hier S. 10, PA/AA, R 31163k: Akten betreffend Religions- und Kirchenwesen in Oberschlesien, Bd. 2: 1925–1933.
- 16 Thomas Brechenmacher: *Der Vatikan und die Juden. Geschichte einer unheiligen Beziehung vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, München 2005, S. 143. Zur Vatikanischen Diplomatie siehe u.a.: Ders.: *Teufelspakt, Selbsterhaltung, universale Mission? Leitlinien und Spielräume der Diplomatie des Heiligen Stuhls gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland (1933–1939) im Lichte neu zugänglicher vatikanischer Akten*, in: *Historische Zeitschrift*, Bd. 280 (2005) S. 591–645; Giovanni Miccoli, *I dilemmi e i silenzi di Pio XII. Vaticano, Seconda guerra mondiale e Shoa*, Mailand 2007, 1. Aufl. 2000, bes. S. 431–438. Eine Bibliographie zum Vatikan in der Zwischenkriegszeit findet sich ebenda, S. 551–590. Von den zahlreichen Neuerscheinungen, die auf Teilauswertungen des seit 2003 bzw. 2006 zugänglichen Materials aus dem Vatikanischen Geheimarchiv beruhen, seien an dieser Stelle erwähnt: Gerhard Besier in Zusammenarbeit mit Francesca Piombo, *Der Heilige Stuhl und Hitler-Deutschland. Die Faszination des Totalitären*, München 2004; Brechenmacher, *Vatikan*; Emma Fattorini, *Pio XI., Hitler e Mussolini. La solitudine di un papa*, Turin 2007; Hubert Wolf, *Papst und Teufel. Die Archive des Vatikan und das Dritte Reich*, München 2008.
- 17 Zur päpstlichen Diplomatie im Ersten Weltkrieg siehe u.a.: Francis Latour: *De la spécificité de la diplomatie vaticane durant la Grande Guerre*, in: *Revue d'histoire moderne et contemporaine*, t. 43 (1996) S. 349–365.
- 18 Vgl. Besier/Piombo, *Der Heilige Stuhl und Hitler-Deutschland* (wie Anm. 15), S. 72–78.
- 19 Ulrich Päßler, *Das Elsass in der Zwischenkriegszeit (1919–1940)*, in: Michael Erbe (Hrsg.): *Das Elsass. Historische Landschaft im Wandel der Zeiten*, Stuttgart 2002, S. 153–166, hier S. 159.
- 20 Lediglich die Dokumente, die aus dem Pontifikat Papst Benedikt XV. stammen, sowie die das Deutsche Reich betreffenden Akten (bis zum Tod des Papstes Pius XI.) waren Forschern schon zuvor zugänglich.